



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Peter Bensmann

MdL

Vorsitzender
des Unterausschusses "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses

An die Mitglieder
des Haushalts- und Finanzausschusses
im Hause

4000 Düsseldorf, den 11.09.1990
Platz des Landtags 1, Postfach 11 43
Tel. (02 11) 88 40 Durchw. 8 84-



Betr.: Nachtragshaushaltsgesetz 1990

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses hat sich in seiner Besprechung am 10.09.1990 mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 1990 (Drucksache 11/164) befaßt.

Insbesondere wurde erörtert:

1. Die Haushaltsvermerke sind nicht einheitlich dargestellt. Die gegenseitigen Deckungsfähigkeiten im Einzelplan 03, insbesondere zwischen Personal- und Sachausgaben, sollten auch nach Ansicht des Finanzministeriums korrigiert werden. Im übrigen ist die Veranschlagung von Personalnebenkosten uneinheitlich.

Der Unterausschuß "Personal" fordert daher die Landesregierung (bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN) einstimmig auf, zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einen Vorschlag für die Harmonisierung der Haushaltsvermerke und -ansätze vorzulegen.

2. Da der Entwurf des Nachtragshaushalts nicht gesondert erläutert ist, sind die Stelleneinrichtungen und nachrichtlich dargestellten Umsetzungen nicht nachprüfbar.

Der Unterausschuß "Personal" bittet die Landesregierung, ressortweise die organisatorischen Maßnahmen, die zu den Stellenanforderungen führen, zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses schriftlich darzustellen und zu erläutern.

3. Diskutiert wurde die Frage, ob alle kw-Vermerke zum angegebenen Zeitpunkt realisiert werden können. Nach Auskunft aus dem Finanzministerium sei diese Frage zu gegebener Zeit zu überprüfen. Die Notwendigkeit, einige kw-Vermerke zu verlängern, sei zum Teil absehbar oder sogar unumgänglich.
4. Auf entsprechende Frage erklärte die Landesregierung, die vom Kabinett beschlossene dreijährige Phasenverschiebung sei grundsätzlich eingehalten. Korrekturen aufgrund der Umressortierung erfolgen im Haushalt 1991.

Im Einzelplan 11 (Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann) sei der Beschluß der Phasenverschiebung nicht berücksichtigt, weil das neue Ressort Personalgewinnungsprobleme sieht. Das Finanzministerium legt demgegenüber zur Vereinheitlichung einen Vorschlag über die Herabstufung der im Nachtrag ausgewiesenen Stellen vor (siehe Anlage 1).

Eine Entscheidung soll im Haushalts- und Finanzausschuß getroffen werden.

5. Zum **Einzelplan 01** (Landtag) erläutert die Präsidentin die vorgesehenen neuen Stellen.
6. Im **Einzelplan 03** (IM) sollen die bei Kapitel 03 350, Titelgruppe 79 veranschlagten 12 Planstellen für Professoren und Dozenten an Fachhochschulen abweichend vom Gesetzentwurf im Kapitel 03 010 als Stellen der Bes.Gr. A 14 ausgewiesen werden, um - so Auskunft des Innenministeriums - das Besetzungsverfahren zu erleichtern.

Der Unterausschuß "Personal" schließt sich einstimmig dieser Anregung der Landesregierung an.

7. Im **Einzelplan 09** (Bundesratsministerium) ist nach den Ausführungen der Landesregierung die zusätzliche A 16-Stelle erforderlich, da der Vermittlungsausschuß häufiger als früher tagt und die Arbeit entsprechend begleitet werden müsse.
8. Anlässlich der Beratungen des **Einzelplans 11** (Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann) wurde erörtert, ob Einsparungen zum Beispiel auch für die neu ausgebrachten Stellen möglich sind. Die Entscheidung hierüber wurde auf die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses verschoben.

Ein durch das Ressort vorgelegter Entwurf eines Organisationsplans ist als Anlage 2 beigefügt.

9. Im **Einzelplan 12** (FM) sind für die Aufsicht über das Landesamt für Besoldung und Versorgung, das aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums in den des Finanzministeriums umgesetzt worden ist, 2 Stellen neu ausgebracht (1 Stelle der Bes.Gr. A 11 und 1 Stelle der Bes.Gr. A 16). Nach Vortrag der Ressorts konnten die Stellen aus dem Innenministerium nicht umgesetzt werden.

Dort wurden sie mit kw-Vermerken versehen.

Das Finanzministerium bittet um Einrichtung weiteren 15 Stellen mit kw-Vermerken (Bes.Gr. A 13 h.D., Kapitel 12 050, Titel 422 79) im Einzelplan 12.

Der Unterausschuß "Personal" stimmt der Einrichtung (bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN) einstimmig zu und bittet den Finanzminister um eine ergänzende Vorlage.

10. Für den Einzelplan 14 (Ministerium für Bauen und Wohnen) sieht der Entwurf des Nachtragshaushalts 68 neue Stellen vor. Nach Auskunft des Ressorts sind die Stellen überwiegend zur Einrichtung der Zentral-Abteilung erforderlich. 2 neue Stellen (B 4 und A 16) waren einzurichten, da eine Umsetzung aus dem Einzelplan 12 aus organisatorischen Gründen nicht möglich war. Zum Ausgleich sind im Einzelplan 12 entsprechende kw-Vermerke ausgebracht.

Ein durch das Ressort vorgelegter vorläufiger Organisationsplan ist als Anlage 3 beigelegt.

In den Endabstimmungen wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

- Stellen für DDR-Hilfen

Der Unterausschuß stimmt den Personalansätzen und Stellen für DDR-Hilfen unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse (bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN) einstimmig zu.

- Stellen für den Einzelplan 01

Der Unterausschuß stimmt

- der Einrichtung einer Planstelle Bes.Gr. B 2 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, gegen die

Stimme der Fraktion der F.D.P. und in Abwesenheit
des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN,

- der Einrichtung einer Planstelle der Bes.Gr. A 14
sowie einer Stelle der Verg.Gr. VII/VIII BAT (bei
Abwesenheit des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN)
einstimmig

zu.

- Umorganisation

Der Unterausschuß stimmt dem Nachtragshaushalt, soweit er
sich auf die Umorganisation bezieht, mit den Stimmen der
Fraktion der SPD, gegen die Stimmen der
Oppositionsfraktionen (bei Abwesenheit des Vertreters der
Fraktion DIE GRÜNEN) mehrheitlich zu.

- Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der Nachtragshaushalt mit
den Stimmen der SPD-Fraktion, gegen die Stimmen der
Fraktionen von CDU und F.D.P. (bei Abwesenheit des
Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN) mehrheitlich
angenommen.



(Bensmann)

Übersicht über die Planstellen im Epl. 11
für den Fall, daß die Stellenzugänge im
Nachtragshaushalt 1990 nicht geschlüsselt
werden

Gr 109

I B 5

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Stellenzahl	Stellen gem. Gesetzentwurf Nachtrag - bei Schlüsselung der Neuzugänge -	neue Stellenzahl - ohne Schlüsselung der Neuzugänge -	Veränderungen in den Wertig- keiten
	Kapitel 11 010			
	Titel 422 10			
B 7	Ministerialdirigent	1	1	-
B 4	1. d. Ministerialrat	3	3	-
B 2	Ministerialrat	4	2	- 2
A 16	Ministerialrat	5	7	+ 2
A 15	Regierungsdirektor	1	-	- 1
A 14	Oberregierungsrat	1	-	- 1
A 13	Regierungsrat	1	3	+ 2
A 13 g.O.	Oberamtsrat	8	2	- 6
A 12	Amtsrat	5	-	- 5
A 11	Regierungsamtmann	3	14	+ 11
A 9 m.D.	Regierungsamtsinspektor m.Z.	1	1	-
		33	33	0

Grundriss

Anlage 2

Persönliche/r Referent/in

Ministerin

Pressereferent/in

Abteilungsleiter/in

Gruppe	Grundsatzangelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit, Planung und Verwaltung
Referat PV. 1	Grundsatzangelegenheiten der Frauenpolitik, Internationale und Supranationale Angelegenheiten, Dritte Welt
Referat PV. 2	Kabinettsbüro, Angelegenheiten des Landtags und des Bundesrats, Justizariat
Referat PV. 3	Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen, Veranstaltungen, Archiv
Referat PV. 4	Personal, Haushalt, Organisation, Kommunikationstechnologien, Bürodirektion

Gruppe I	Frauenförderung in Ausbildung u. Beruf, Arbeitsmarktpolitik
Referat I. 1	Frauenförderung in der Wirtschaft, Arbeitsmarktprogramme, Wiedereingliederung, Arbeitsschutz
Referat I. 2	Ausbildung und Berufsfindung, Berufliche Weiterbildung, Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Neue Technologien
Referat I. 3	Frauenförderung im öffentlichen Dienst / öffentliches Dienstrecht, Frauenförderungsgesetz, Frauenförderungskonzept, Berichtswesen
Referat I. 4	Rechtsfragen der Frauenförderung, Fragen der Finanz- und Steuerpolitik, Soziale Sicherung

Gruppe II	Soziale Infrastruktur, Jugend, Familie, Bildung
Referat II. 1	Förderungsmaßnahmen der Gleichstellungspolitik, Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen und Verbänden, Gleichstellungsstellen
Referat II. 2	Jugend, Familie, Soziales, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderungsmaßnahmen für ältere Frauen und Ausländerinnen
Referat II. 3	Gewalt gegen Frauen und Kinder, Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Maßnahmen der Aufklärung und Prävention
Referat II. 4	Schule, Hochschule, Weiterbildung, Gesundheit, Frauenforschung

7

